

Die Legende von der Einheit der deutschen Wissenschaft

Prof. Dr. Herbert Steininger,
Humboldt-Universität Berlin
Delegierter zum VII. Parteitag

Noch niemals zuvor ist unter den Professoren und Dozenten, unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs, so intensiv wie gerade in den letzten Wochen der Parteidiskussion darüber beraten worden, daß die Entscheidung der Wissenschaftler in unserer Zeit nicht einfach heißen kann: „Ich bin für die Wissenschaft und ihren Fortschritt, ich will die jungen Menschen für meine Wissenschaft“. Die eigentliche Entscheidung, die dem einzelnen Wissenschaftler niemand abnehmen kann, wird von der Frage gefordert, wem

die Wissenschaft mit ihren Resultaten dient, welche gesellschaftlichen Kräfte sie sich heute in der Zeit tiefgreifender sozialer Wandlungen nutzbar machen.

Die Parteiorganisation der Universität bemühte sich, den ideologischen Prozeß, der den Weg zu immer klareren Positionen in eben dieser Entscheidungsfrage erleichtert, zielstrebig zu führen. Dazu hat in den letzten Wochen sicher die sehr intensive Aussprache über die Legende von der „Einheit der deutschen Wissenschaft“ beigetragen. Manchmal begegnen wir in Parteiorganisationen außerhalb der Universität der etwas ungeduldig vorgetragenen Auffassung: Warum zum Teufel müßt ihr euch an der Universität solange bei Diskussionen aufhalten, die doch eigentlich politische Elementarfragen betreffen, Grundfragen, die lange schon theoretisch und im Klassenkampf in Deutschland politisch praktisch beantwortet wurden. Mir scheint — ich will das offen sagen — hier falsche Ungeduld verfehlt zu sein. Dem Wesen nach geht es doch bei dieser Diskussion um entscheidende Phasen im Wandlungs- und Entwicklungsprozeß vieler Wissenschaftler, ihres Denkens und ihrer politischen Haltung.

Wenn wir die These von der angeblichen Einheit der deutschen Wissenschaft als eine unfrome Legende ihres falschen Scheins entkleiden, dann helfen wir auch manchen Wissenschaftlern, ihre Abwarteposition zu überwinden. Diese Haltung zeigt sich nun keineswegs etwa in der Ablehnung der DDR und ihrer Politik. Realistisch wird von der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausgegangen. Zugleich aber erscheint die sozialistische Deutsche Demokratische Republik in den Augen mancher unserer Wissenschaftler, wenn auch nicht offen ausgesprochen, doch als so etwas wie ein historisches Provisorium, als



Gesetze und
Verordnungen wichtige
Führungsinstrumente

Dem stellvertretenden Parteisekretär im VEB Walzwerk Finow stellen wir die Frage, wie die Grundorganisation und ihre Leitung mit der „Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des volkseigenen Produktionsbetriebes“¹⁾ arbeitet. „Da muß ich passen“, erklärte er. „Wir haben zwar in der Parteileitung darüber gesprochen, doch sonst kümmern wir uns wenig um Gesetze und Verordnungen.“

¹ Siehe: Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des volkseigenen Produktionsbetriebes“, Gesetzblatt Teil II, Nr. 21, vom 9. März 1967

Das Statut unserer Partei verpflichtet die Parteimitglieder, die von der Arbeiter-und-Bauern-Macht erlassenen Gesetze, Verordnungen, Verfügungen usw. selbst strikt einzuhalten und dafür zu sorgen, daß sie richtig und konsequent durchgeführt werden. In unserem sozialistischen Staat werden die Gesetze und Verordnungen im Interesse der gesamten sozialistischen Gesellschaft und jedes einzelnen gemacht. Die Werktätigen selbst arbeiten unter der Führung der Partei ihre Gesetze aus. Ihre führende Rolle und